



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Studentische Armut steigt weiter

28.08.24

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner

Am 28. August veröffentlichte das Statistische Bundesamt neue Zahlen über die Einkommens- und Wohnsituation von Studierenden. Im Ergebnis stieg die studentische Armut sowie die Wohnkostenbelastung im Vergleich zu den Daten aus 2021 drastisch an. Die Armut unter allein- und in WG-lebenden Studierenden betrifft nun mehr als drei von vier Studierenden (77,4%). In nur zwei Jahren stieg der Anteil derer, die von Wohnkosten überbelastet sind von 56,6% auf 60,5%.

Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen des fzs:

"Fast alle Studierenden haben ein geringes Einkommen und sind deshalb von den Preissteigerungen besonders stark benachteiligt. Auch wenn wir nicht mehr Inflationsraten von über 10 Prozentpunkten haben: Die Armut unter Studierenden nimmt zu, ohne dass die Bundesregierung reagiert. Die heute veröffentlichten Zahlen sind alarmierend. Mietkosten sind die Hauptbelastungsquelle. Es braucht neben Subjektförderungen auch Objektförderung, gleichwohl müssen wir aber auch über staatliche Eingriffe auf dem Wohnungsmarkt sprechen. Konkret heißt das: Wir brauchen eine umfassende Wohngemeinnützigkeit, einen bundesweiten Mietendeckel aber auch spezifische Programme wie ‚Junges Wohnen‘ müssen ausgebaut werden."

Für mehr als ein Drittel der allein- oder in WG-lebenden Studierenden ist die Erwerbstätigkeit neben dem Studium die wichtigste Einkommensquelle.



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Niklas Röpke, Vorstandsmitglied des fzs erklärt hierzu:
"Ein Vollzeitstudium ist ein Vollzeitjob. Das BAföG muss dem eklatanten Bedarf nach einer ausreichenden Ausbildungsförderung angepasst werden, es sollte die einzig notwendige Einkommensquelle von Studierenden sein. Das Bundesverfassungsgericht wird bald über die Verfassungsmäßigkeit der chronisch zu niedrigen Sätze entscheiden. Für alle Parteien sollte eine umfassende Reform des BAföG ein Kernanliegen der Bildungspolitik ihrer Wahlprogramme zur Bundestagswahl sein, alles andere wäre realitätsfern. Bis das BAföG reformiert wurde, muss der Mindestlohn allerdings schon jetzt drastisch angehoben werden, um die notwendige Arbeitszeit neben dem Studium zu senken."

Wöhlerstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner

Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts, 28.08.2024
(Zahlen aus 2023):
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_N044_62.html

Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts, 16.11.2022
(Zahlen aus 2021):
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html